

WEITERBILDUNG UND DIE
VOLKSHOCHSCHULEN –
Stellungnahmen der Parteien
im Saarland
zur Landtagswahl 2009



FRAGENKATALOG

Frage 1:

S. 2-4

Art. 32 der Landesverfassung des Saarlandes lautet: „Staat und Gemeinde fördern das Volksbildungswesen, einschließlich der Volksbüchereien und Volkshochschulen“.

Durch welche konkreten politischen Entscheidungen werden Sie in der nächsten Legislaturperiode diesen Verfassungsauftrag erfüllen?

Frage 2:

S.4-6

Die Volkshochschulen haben im Saarland Verfassungsrang und sind damit als Pflichtaufgabe ein elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

a) Stimmen Sie dieser Aussage zu?

b) Wie werden Sie sich konkret für die Volkshochschulen als öffentlich-rechtliche Institutionen einsetzen und deren Auftrag der flächendeckenden, kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Angeboten der Weiterbildung unterstützen?

Frage 3:

S.6-8

Weiterbildung ist in dieser Tradition ein wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems und somit ein öffentliches Gut in föderaler Verantwortung. Weiterbildung kann daher nicht allein aus marktökonomischer Perspektive als Ware betrachtet werden, deren Regelung ausschließlich unter Dienstleistungsgesichtspunkten im freien Markt zu beurteilen ist.

a) Stimmen Sie diesen Aussagen zu?

b) Wenn ja, durch welche Maßnahmen beabsichtigen Sie diese Tradition zu schützen und zeitgemäß weiterzuentwickeln?

Frage 4:

S.8-10

Damit die Volkshochschulen ihrer Aufgabe gerecht werden können, der Bevölkerung eine umfassende Weiterbildung zu sozialverträglichen Preisen zu ermöglichen, bedürfen sie einer angemessenen und verlässlichen institutionellen Förderung durch das Land und die Kommunen.

a) Stimmen Sie diesen Aussagen zu?

b) Welchen prozentualen Anteil an der Gesamtfinanzierung der Volkshochschulen (Land ...%, Kommune ... %) halten Sie für angemessen?

Frage 5:

S. 10-12

Gesellschaftliche Integration und Teilhabe erfordert eine zielgruppenspezifische Ansprache.

a) Welche Zielgruppen sollen die Volkshochschulen Ihrer Einschätzung nach vorrangig ansprechen?

b) Durch welche Maßnahmen werden Sie die Arbeit der Volkshochschulen für diese Zielgruppen unterstützen?

Frage 6:

S.12-15

Gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise kommt der Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger im Saarland eine hohe Bedeutung zu.

a) Welchen Stellenwert geben Sie neben der beruflichen Qualifizierung in diesem Zusammenhang der allgemeinen und politischen Bildung?

b) Welche Maßnahmen und Anreize werden Sie setzen, um die Weiterbildungsbeteiligung signifikant zu steigern?

Im Vorfeld der diesjährigen Landtagswahl hat der Verband der Volkshochschulen des Saarlandes e. V. die Parteien im Landtag mit der Vorlage von sechs Fragen um Stellungnahme hinsichtlich Ihrer Haltung zur Weiterbildung und den Volkshochschulen gebeten. Nachfolgend sind die Antworten im Wortlaut abgedruckt; sie sprechen für sich.

-1-

Art. 32 der Landesverfassung des Saarlandes lautet:

„Staat und Gemeinde fördern das Volkswesen, einschließlich der Volksbüchereien und Volkshochschulen“.

Durch welche konkreten politischen Entscheidungen werden Sie in der nächsten Legislaturperiode diesen Verfassungsauftrag erfüllen?

CDU:

Im Saarländischen Weiterbildungs- und Bildungsfreistellungsgesetz (SWBG) wird der Auftrag aus Artikel 32 der Landesverfassung für den Bereich der Erwachsenenbildung konkretisiert. Die Weiterbildung dient der Verwirklichung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, der Aneignung und Vertiefung von Kenntnissen und Fähigkeiten, welche für die individuelle berufliche Entwicklung förderlich sein können oder der Aneignung und Vertiefung von Kenntnissen und Fähigkeiten, welche für die individuelle berufliche Entwicklung förderlich sein können oder der Aneignung und Vertiefung von Kenntnissen und Fähigkeiten, welche aktive Teilnahme und Mitgestaltung in der Gesellschaft fördern können.

Die CDU sieht in dieser Aufgabenstellung einen hinreichend ausgestalteten Rahmen, um flexibel auf die sich in einer pluralistischen Gesellschaft und globali-

sierten Wirtschaft verändernden individuellen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen adäquat reagieren zu können.

SPD:

Bildung ist die große soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Daher wird die SPD im Saarland den Schwerpunkt in den nächsten Jahren im Bildungsbereich setzen.

Für die Volksbildung sind insbesondere die Kreise, Städte und Gemeinden zuständig. Sie müssen deshalb in die Lage versetzt werden in ihre kommunalen Bildungseinrichtungen wie Stadtbibliotheken, Volkshochschulen, Volksbüchereien usw. selbstständig, und ausgerichtet an den Interessen ihrer Bürger vor Ort, investieren zu können. Die Plünderungen kommunaler Kassen, wie sie die CDU-Landesregierung getätigt hat, müssen beendet werden. Wir werden die Kommunen finanziell ausreichend ausstatten. Die öffentlichen Bibliotheken und Mediatheken sind unentbehrliche Kultur- und Bildungseinrichtungen. Eine SPD-Landesregierung wird diese unterstützen und fördern.

Bü90/Grüne:

Wir Grüne wollen, dass die Volkshochschulen weiterhin ihre flächendeckenden dezentralen Angebote aufrechterhalten können. Dazu ist zum einen eine aufgabengerechte Finanzausstattung erforderlich. Zum anderen sollen die Volks-

hochschulen mit anderen Bildungsträgern kooperieren und sich selbst zu Bildungsträgern für lebenslanges Lernen weiterentwickeln.

FDP:

Die Fraktion der FDP hat sich im Landtag in dieser Legislaturperiode erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Kreisvolkshochschulen durch die Verwaltungsstrukturreform nicht in ihrer Existenz gefährdet wurden. Auch in der nächsten Legislaturperiode wollen wir uns verstärkt auf dem Sektor Bildung einsetzen.

Die Linke:

Wissenschaft und Kultur sind hohes demokratisches Gut und der Allgemeinheit verpflichtet. In einer sich rasch ändernden Gesellschaft gewinnt das Recht auf lebenslanges Lernen immer höhere Priorität. Dazu gehören breite außerschulische Bildungsangebote, vor allem Angebote der öffentlich getragenen Volkshochschulen, Musikschulen, Bibliotheken etc.

Das Land steht nach Ansicht der Partei DIE LINKE in einer besonderen Verantwortung für die [...] 16 Volkshochschulen. [...] Freier Zugang zu Informationen ist eine Voraussetzung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und selbst bestimmtes Leben und Lernen. [...] Volkshochschulen sind hierfür die Grundlage, fördern damit die mündige demokratische Teilhabe an der politischen Willensbildung und bürgerschaftliches Engagement. [...]

Ein komplexes Netz von [...] Volkshochschulen sichert Chancengleichheit bei Aus-, Fort- und Weiterbildung sowie bei der Freizeitgestaltung und ermöglicht die freie Entfaltung von Forschung und Wissenschaft. Mit Blick auf umfassende

kulturelle Bildung spielen [...] Volkshochschulen als Institutionen für Bildung und Orte der Kultur eine unverzichtbare Rolle. Aus diesem Grund nimmt im Landtagswahlprogramm der LINKE.SAAR der Bereich „Kulturelle Bildung“ und „Kultur als öffentliche Aufgabe“ als politischer Schwerpunkt breiten Raum ein. Es gehört zu den öffentlichen Aufgaben, eine Vielfalt an Kultureinrichtungen – Theater, Museen, Orchester, Musikschulen, Festivals, Bibliotheken, Volkshochschulen, Denkmäler etc. – im Land und in den Gemeinden vorzuhalten und zu fördern und allen Bürgerinnen und Bürgern die Teilhabe an dieser kulturellen „Grundversorgung“ in unterschiedlichster Form zu ermöglichen. Für Kinder und Jugendliche muss die Nutzung solcher Einrichtungen kostenfrei sein.

DIE LINKE.SAAR tritt dafür ein, dass Weiterbildung der öffentlichen Verantwortung unterliegt und der individuelle Wunsch nach Weiterbildung gefördert wird. Die Weiterbildung ist nicht nur als berufliche Weiterbildung auszugestalten. Weiterbildung im kulturellen und politischen Bereich gewinnt für die Gestaltung eines demokratisch organisierten Allgemeinwesens zunehmend an Bedeutung und ist besonders für ehrenamtlich Engagierte zu fördern. Die veränderten Rahmenbedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Arbeitswelt stellen neue Anforderungen an Bildung, Weiterbildung und lebenslanges Lernen. Immer weniger Arbeitsplätze stehen An- und Ungelernten offen, die Anforderungen an die berufliche Aus- und Fortbildung steigen und in vielen Branchen gewinnt die Hochschulbildung an Bedeutung. Um hierauf zu reagieren und die weitere

Entwicklung zu gestalten steht die Politik vor der Herausforderung, allen Menschen in allen Lebensphasen einen Zugang zu allgemeiner und beruflicher Aus-, Fort- und Weiterbildung zu ermöglichen. Um diesen Verfassungsauftrag zu erfüllen, wird sich DIE LINKE.SAAR gegen drastische Kürzungen bei Weiterbildungsmaßnahmen sowie deren ausschließliche Ausrichtung auf berufliche Verwertbarkeit wenden. Dazu müssen Angebote der Musikschulen, der Volkshochschulen und andere öffentliche Kulturangebote für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleiben. Für Personen und Familien mit niedrigem Einkommen muss es Ermäßigungen oder kostenfreie Angebote geben. [...] Unter dem Sozialabbau der letzten Jahre hat die Erwachsenenbildung besonders stark gelitten. Diese Bereiche wollen wir als LINKE ausbauen. Für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, einschließlich der Auszubildenden, werden wir einen Anspruch auf bezahlte Bildungsfreistellung durch den Arbeitgeber für berufliche und politische Weiterbildung von mindestens sechs Arbeitstagen pro Kalenderjahr verwirklichen

-2-

Die Volkshochschulen haben im Saarland Verfassungsrang und sind damit als Pflichtaufgabe ein elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.

a) Stimmen Sie dieser Aussage zu?

b) Wie werden Sie sich konkret für die Volkshochschulen als öffentlich-rechtliche Institutionen einsetzen und deren Auftrag der flächendeckenden, kontinuierlichen Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Angeboten der Weiterbildung unterstützen?

CDU:

Die CDU Saar stimmt der Aussage zu, dass Volkshochschulen elementarer Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge sind. Sie setzt sich dafür ein, dass das Saarland die Weiterbildung anerkannter Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung nach Maßgabe des Haushaltsplanes in der Zuständigkeit des Ministeriums für Bildung, Familie, Frauen und Kultur sowie der beruflichen Weiterbildung nach Maßgabe des Haushaltsplanes in der Zuständigkeit des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit fördert. Gemeinden und Gemeindeverbände sollen die Einrichtungen der allgemeinen Weiterbildung ihres Bereiches finanziell zusätzlich zu den Zuwendungen des Landes unterstützen. Die CDU wird auf kommunaler und Landesebene darauf hinwirken, dass die Träger anerkannter Einrichtungen der Weiterbildung auch in Zukunft ihre jeweilige Bildungsarbeit in quantitativer wie qualitativer Hinsicht bedarfsgerecht durchführen können.

SPD:

Der kommunalen Daseinsfürsorge kommt in den Zeiten der Verschiebung von Zuständigkeiten zwischen den verschiedenen politischen Entscheidungsebenen (Kommunen, Länder, Bund, EU) eine zentrale Bedeutung zu. Hier müssen Städte und Kommunen als Grundlage unseres Gemeinwesens wieder gestärkt werden. In einem so bedeutenden Bereich wie der Bildung, muss deshalb die kommunale Ebene eine entscheidende Rolle spielen.

Dass die Volkshochschulen Verfassungsrang genießen und elementarer Bestandteil der kommunalen Daseinsfürsorge sind,

steht außer Frage. Über steigende finanzielle Mittel, welche in die Bildung als Ganze investiert werden müssen, werden auch die VHS profitieren und ihr hochwertiges und qualifiziertes Angebot aufrecht erhalten bzw. erweitern können.

Bü90/Grüne:

Ja, wir stimmen dieser Aussage zu. Wir wollen, dass die finanzielle Ausstattung der Volkshochschulen langfristig gesichert wird. Daher hatten wir uns auch im Rahmen der Verwaltungsstrukturreform erfolgreich dafür eingesetzt, dass die damals von der CDU-Landesregierung geplante Verschlechterung bei den Kreisvolkshochschulen und Musikschulen zurückgenommen worden ist. Neben der finanziellen Absicherung müssen die Volkshochschulen auch in organisatorischer Hinsicht unterstützt werden. Insbesondere müssen ausreichend Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden und auch das ehrenamtliche Engagement gefördert werden (z.B. durch Ausweitung von Freistellungen gerade auch für Weiterbildungsangebote).

FDP:

a) Ja, denn Bildung in jeder Form hat für die FDP Saar einen hohen Stellenwert.

b) Wie schon in Frage 1 beantwortet, hat sich die FDP-Fraktion im saarländischen Landtag bereits in der laufenden Legislaturperiode für den Erhalt der VHS eingesetzt und wird dieses Engagement in der nächsten Legislaturperiode fortführen.

Die Linke:

Zu a) Ja. Die Volkshochschulen im Land haben einen sehr wichtigen Bildungsauftrag (s. a. 1.). Allgemeine, politische, kultu-

relle und persönlichkeitsbezogene Bildung wird komplex vermittelt. Von Sprachen über Computertechnik, von Gesundheit bis Volkskunde, ist die VHS nicht wegzudenken. Volkshochschulen sind kommunale Zentren für lebenslanges Lernen und damit Teil des öffentlichen Bildungswesens. Gleichzeitig integriert die Volkshochschule als Bildungseinrichtung, indem sie nach Alter, Herkunft, sozialer Situation etc. sehr verschiedene Menschen an einer Bildungsstätte zusammenbringt. Die Volkshochschule bietet nicht nur zentrale Angebote in größeren Städten, z. B. in Saarbrücken am Schloss, sondern ist mit ihren Außenstellen in praktisch allen Kommunen vertreten.

Zu b) Wir werden als LINKE die Volkshochschulen als qualitativ hochwertige Bildungseinrichtung, die allen offen steht, unter Beibehaltung und Sicherung des bisherigen Umfangs bedarfsorientiert ausbauen. Um den Zugang zu VHS-Bildungsangeboten für alle zu ermöglichen, fordert DIE LINKE konkret für Erwerbslose, Geringverdiener, Bezieher der Grundsicherung und Schülerinnen und Schüler pro Jahr einen gebührenfreien Kurs in der Volkshochschule. Dazu gehört ebenfalls unter entsprechenden Umständen Kostenfreiheit gemäß dem Sozialpass-Konzept der LINKE.SAAR. Ebenso sind kostengünstige Fahrmöglichkeiten zu den unterschiedlichen Standorten der VHS auf den Weg zu bringen. Daneben streben wir die sog. „Drittelfinanzierung“, bei der Land, Kommunen und Volkshochschulen den Haushalt zu jeweils gleichen Teilen tragen sollten, an. Qualifizierte Weiterbildung kann auf Dauer nur von gut ausgebildeten und entsprechend bezahlten Lehrkräften geleistet werden. Für die VHS-

Kursleiter sind daher rechtlich abgesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen. Zur Nutzung von Synergieeffekten und zur differenzierten Erweiterung der Angebote ist verstärkt auf Kooperationen mit anderen Einrichtungen, z. B. der Musikschulen, den Kulturämtern, Museen, Bibliotheken, Vereinen etc. zu setzen.

-3-

Weiterbildung ist in dieser Tradition ein wesentlicher Bestandteil des öffentlichen Bildungssystems und somit ein öffentliches Gut in föderaler Verantwortung. Weiterbildung kann daher nicht allein aus marktökonomischer Perspektive als Ware betrachtet werden, deren Regelung ausschließlich unter Dienstleistungsgesichtspunkten im freien Markt zu beurteilen ist.

**a) Stimmen Sie diesen Aussagen zu?
b) Wenn ja, durch welche Maßnahmen beabsichtigen Sie diese Tradition zu schützen und zeitgemäß weiterzuentwickeln?**

CDU:

Das von den Einrichtungen der Weiterbildung zu erstellende Angebot an Bildungsmaßnahmen kann die Bereiche der allgemeinen, der politischen, der beruflichen Weiterbildung sowie integrative Maßnahmen dieser Bereiche umfassen.

Die allgemeine Weiterbildung fördert das selbständige und verantwortliche Urteil, regt zur geistigen Auseinandersetzung an und dient der Bewältigung persönlicher, beruflicher und gesellschaftlicher Herausforderungen. Die politische Weiterbildung soll als Teil der allgemeinen Weiterbildung die Fähigkeit und Motivation der Menschen fördern, politische und gesellschaft-

liche Aufgaben wahrzunehmen. Die berufliche Weiterbildung fördert die berufliche und soziale Handlungskompetenz und dient damit der Erhaltung, Erweiterung und Anpassung der beruflichen Kenntnisse und Fertigkeiten, der Wiedereingliederung Arbeitsuchender in das Berufsleben, dem Übergang in eine andere berufliche Tätigkeit und der Sicherung des vorhandenen Arbeitsplatzes.

Die CDU sieht in dieser umfassenden Ziel- und Aufgabenbeschreibung keine marktökonomische Fokussierung von Bildung. Die CDU wird sich auch weiterhin für eine am einzelnen Bürger, der Gesellschaft und den sozialen und wirtschaftlichen Erfordernissen orientierte Aufgabenstellung der Erwachsenenbildung engagieren.

SPD:

Es ist völlig richtig, dass Weiterbildung nicht nur aus marktökonomischer Perspektive als Ware betrachtet werden kann. Bildung ist ein öffentliches Gut. Die Weiterbildung darf nicht auf dem Altar vermeintlicher Einsparungen geopfert werden. Eine zentrale Rolle müssen die VHS als Bildungseinrichtung nach Meinung der SPD Saar im Bereich der Qualifizierung von Arbeitskräften spielen, um Benachteiligungen im Berufsleben zu verringern. Hier sind das Know-how und die Qualität der Arbeit der VHS von hoher Bedeutung. So können in Zeiten der Kurzarbeit Unternehmen in Zusammenarbeit mit den VHS ihre Mitarbeiter weiterbilden. Wir werden uns für die Einführung von Weiterbildungsschecks zur anteiligen Finanzierung der beruflichen Weiterbildung aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds stark machen und zusammen mit den Wirtschafts- und Handwerksverbänden eine

offensive Weiterbildungsberatung für kleine und mittlere Betriebe (KMU) initiieren.

Als ein weiteres Mittel zur Förderung der Weiterbildung, will die SPD die Einbeziehung der Weiterbildungsbranche in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz vorantreiben, mit dem Ziel, so eine Qualitätssicherung der Weiterbildung zu erreichen.

Des Weiteren soll das Recht auf bezahlte Freistellung für bis zu fünf Tage im Jahr zur Sicherstellung der beruflichen und politischen Weiterbildung wiederhergestellt werden. Ebenso wird die SPD im Saarland die Freistellung für Weiterbildung auch im Ehrenamt einführen.

Bü90/Grüne:

Ja, wir stimmen diesen Aussagen zu. Auch hier gilt es, die finanzielle und organisatorische Ausstattung der Volkshochschulen zu unterstützen. Die Selbstständigkeit der Volkshochschulen muss gewährleistet bleiben und ihre Arbeitsfähigkeit erhalten werden. Die Volkshochschulen müssen dabei unterstützt werden, marktgängige Angebote vorzuhalten und gleichzeitig ihr Profil zu schärfen.

Das professionelle Know-How der Volkshochschulen muss gestärkt werden. Die Qualität des haupt- und nebenamtlichen Personals und seine Beratungskompetenz sind entscheidend für den Erfolg einer Volkshochschule. Kursleiterinnen und Leiter müssen daher auch dabei unterstützt werden, regelmäßig an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen zu können.

FDP:

a) Ja.

b) Die FDP Saar möchte, dass die föderale Verantwortung für Weiterbildungsmaßnahmen wahrgenommen wird. Daher setzen wir uns dafür ein, die berufliche Fortbildung in den einzelnen Betrieben zu fördern, damit den Betrieben Anreize zur Weiterbildung geboten werden. Die Notwendigkeit von Weiterbildungen im Rahmen der VHS und deren positive Wirkung müssen mehr in den öffentlichen Fokus gerückt und die Programme der Volkshochschulen auf die Bedürfnisse der Nutzer und der Wirtschaft abgestimmt werden. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Ausbau von Weiterbildungseinrichtungen, über die bisher bestehenden Angebote hinaus, zu verfolgen.

Die Linke:

Zu a) Ja. Bildung und Weiterbildung sind eine zentrale Grundlage für die Gestaltung des persönlichen Lebenswegs. Die Vorstellung ist längst überholt, dass eine Berufsausbildung fürs Leben reicht. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahrzehnten stark verändert und Weiterbildung gewinnt ständig an Bedeutung. Doch verschiedene Fördermaßnahmen von Bund und Ländern stehen unverbunden nebeneinander, wodurch viele durch das löchrige Netz fallen. DIE LINKE macht sich dafür stark, dass sich nicht nur diejenigen weiterbilden können, die bereits ein hohes Bildungsniveau haben. Weiterbildung darf auch nicht vom Geldbeutel abhängen. Alle müssen die Möglichkeit haben, einen Bildungsabschluss nachzuholen, eine Fortbildung zu belegen oder sich beruflich neu zu orientieren. Der Markt hat in der Weiterbildung eindrucksvoll versagt. Gute und schlechte Angebote sind für den Einzelnen kaum zu unterscheiden.

Die Kürzungen der vergangenen Jahre haben einen ruinösen Preiswettbewerb hervorgerufen. Die Lehrenden in der Weiterbildung arbeiten heute vielfach zu Dumping-Löhnen. Umfassende Weiterbildungen und innovative Konzepte gibt es oft nur für den „dicken Geldbeutel“.

Zu b) Immer weniger Unternehmen bieten ihren Beschäftigten regelmäßige und gute Weiterbildung an. Gerade Geringqualifizierte haben schlechte Chancen: ihnen bieten die Arbeitgeber nur selten betriebsinterne Weiterbildungen an bzw. stellen sie für Weiterbildung von ihrem Job frei. Für Arbeitslose hat sich die Situation in den vergangenen Jahren dramatisch verschlechtert: Die Bundesagentur für Arbeit hat seit den Hartz-Gesetzen mehr als zwei Drittel der Weiterbildungsausgaben ersatzlos gestrichen. Bund, Länder und Kommunen haben in den letzten Jahren bei der Finanzierung der Volkshochschulen erheblich gekürzt.

DIE LINKE setzt sich dafür ein, Unternehmen für die Weiterbildung ihrer Beschäftigten in die Pflicht zu nehmen. Zur Finanzierung können Branchenfonds eingerichtet werden, in die die Betriebe je nach ihrer Leistungsfähigkeit einzahlen.

DIE LINKE fordert ein Bundesweiterbildungsgesetz, das Weiterbildung als öffentliche Aufgabe definiert und einen Rechtsanspruch sichert. Förderlücken müssen geschlossen werden und Weiterbildungsangebote überschaubarer werden. Für öffentliche Weiterbildung muss es endlich eine wirksame Qualitätssicherung geben.

DIE LINKE will die vielfältige Trägerstruktur erhalten und die Arbeitsbedingungen dort durch flächendeckenden Mindestlohn verbessern. Die Vergabepolitik der Bundesagentur für Arbeit muss statt Discoun-

ter-Preise wieder die Qualität der Weiterbildungsangebote in den Mittelpunkt stellen.

-4-

Damit die Volkshochschulen ihrer Aufgabe gerecht werden können, der Bevölkerung eine umfassende Weiterbildung zu sozialverträglichen Preisen zu ermöglichen, bedürfen sie einer angemessenen und verlässlichen institutionellen Förderung durch das Land und die Kommunen.

***a) Stimmen Sie diesen Aussagen zu?
b) Welchen prozentualen Anteil an der Gesamtfinanzierung der Volkshochschulen (Land ...%, Kommune ... %) halten Sie für angemessen?***

CDU:

Im Haushaltsplan des Saarlandes sind für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung, Familie, Frauen und Kultur die Finanzmittel für Weiterbildung und Qualifizierung seit 2001 bedarfsgerecht gestiegen.

Für den Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft und Wissenschaft ist für den Bereich der beruflichen Weiterbildung seit 2001 ebenfalls eine erhebliche Steigerung der eingesetzten Finanzmittel erfolgt. Die CDU wird sich auch in Zukunft sowohl auf kommunaler, wie auf Landesebene bemühen, die Finanzausstattung für Weiterbildung und Qualifizierung so zu gestalten, dass diese den jeweiligen Erfordernissen auch weiterhin gerecht werden kann.

SPD:

Eine finanzielle Förderung der VHS ist nach Meinung der saarländischen Sozialdemokraten ein Muss.

Das Bestehen von Planungssicherheit für die VHS liegt im Interesse aller Beteiligten, eine Abwälzung der finanziellen Verantwortung auf Kreise und Kommunen alleine, wie sie in den letzten Jahren mehrfach angedacht wurde, kann nach Meinung der Saar SPD nicht im Interesse des Landes liegen. Der oben angesprochene Verfassungsauftrag würde dadurch gefährdet. Die Anteile, die Land und Kommunen jeweils bei der Finanzierung der VHS übernehmen, kann sicher erst nach einer Prüfung der jeweiligen Umstände festgelegt werden. Es muss ein für beide Seiten tragbares Finanzierungsmodell erarbeitet werden. Wir werden aber eine Mindestquote von 30% des Landeshaushalts für Bildung festschreiben.

Bü90/Grüne:

Ja, wir stimmen diesen Aussagen zu. Die jeweiligen Anteile an der Gesamtfinanzierung lassen sich jedoch nicht an festen prozentualen Werten festmachen.

Hier müssen das Land und die Kommunen im Rahmen ihrer jeweiligen Möglichkeiten gefordert werden. Der Anteil kann dann je nach wirtschaftlicher Lage variieren. Der Bestand der Volkshochschulen muss in jedem Falle gewährleistet werden.

FDP:

a) Die FDP Saar stimmt diesen Aussagen zu.

b) Der Hauptanteil an der Finanzierung liegt bei den Kommunen. Eine substantiel-

le Beteiligung des Landes halten wir jedoch für angemessen.

Die Linke:

Zu a) und b) Ja (s. a. 2b). Zu einer starken vierten Säule unseres Bildungssystems kann die Weiterbildung nur werden, wenn sie in allen Bereichen auf eine stabilere finanzielle Grundlage gestellt wird: durch mehr Engagement der Unternehmen in der betrieblichen Fortbildung, durch eine deutlich umfangreichere Förderung von Weiterbildungsmaßnahmen durch die Bundesagentur für Arbeit sowie durch einen Ausbau der Förderleistungen durch Bund, Länder und Kommunen.

Wir streben die sog. „Drittelfinanzierung“ an, bei der Land, Kommunen und Volkshochschulen den Haushalt zu jeweils gleichen Teilen tragen sollten.

Bund und Länder stehen in der Verantwortung, die individuelle Bildungsförderung auszubauen und auf eine neue Grundlage zu stellen. Hierbei müssen die Fortbildung im erlernten Beruf und eine Erhöhung der Professionalität der eigenen Tätigkeit gleichermaßen im Fokus stehen wie das Nachholen von Schul- oder Berufsabschlüssen und die Erschließung neuer beruflicher Perspektiven. Ein ganzheitliches und transparentes System öffentlicher Förderleistungen muss eine verlässliche Grundlage bilden für die individuelle Gestaltung von Bildungswegen. Modelle des Bildungssparens sind für eine umfassende und einkommensunabhängig tragfähige Bildungsförderung ungeeignet, da das Sparpotential vieler Haushalte längst überstrapaziert ist und gerade die Gruppe der finanziell Schlechtergestellten, deren Weiterbildungsbeteiligung am dringendsten erhöht werden muss, von dieser Art

der Förderung faktisch ausgeschlossen ist.

-5-

Gesellschaftliche Integration und Teilhabe erfordert eine zielgruppenspezifische Ansprache.

a) Welche Zielgruppen sollen die Volkshochschulen Ihrer Einschätzung nach vorrangig ansprechen?

b) Durch welche Maßnahmen werden Sie die Arbeit der Volkshochschulen für diese Zielgruppen unterstützen?

CDU:

Die Träger der Weiterbildung führen die Maßnahmen der Weiterbildung in eigener Verantwortung durch. Die Landesorganisationen der Weiterbildung fördern und koordinieren als Zusammenschlüsse von Weiterbildungseinrichtungen auf Landesebene die Weiterbildungsarbeit ihrer Mitglieder. Die Landesorganisationen der allgemeinen Weiterbildung fördern darüber hinaus Entwicklungs- und Schwerpunktaufgaben, insbesondere im pädagogischen Bereich. Die staatliche Förderung der Weiterbildung lässt das Recht der Einrichtungen auf selbständige Lehrplangestaltung und die Freiheit der Lehre unberührt.

Die CDU stellt mit Blick in die Vergangenheit fest, dass es den Trägern der Weiterbildung sowie den entsprechenden Landesorganisationen immer ein wichtiges Anliegen war, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen auf Landes- wie auch regionaler Ebene im jeweiligen Bildungsangebot aufzugreifen und zeit- und teilnehmernah umzusetzen. Die CDU versteht die Träger der Weiterbildung und

die entsprechenden Landesorganisationen auch in Zukunft als wichtige Partner der Bildungspolitik bei der Unterstützung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und individueller Entwicklungsprozesse.

Gerade mit Blick auf die erfolgreiche Gestaltung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund kann den Volkshochschulen eine besondere Bedeutung zukommen.

SPD:

Volksbildung richtet sich zunächst einmal an alle. Sie darf deshalb niemanden schon im Voraus abweisen oder ausgrenzen. Eine der zentralen Zielgruppen der VHS ist die Gruppe der Arbeitnehmer, die im Rahmen ihres Berufes eine Weiterbildung in Anspruch nehmen, um in der Qualifizierung nicht zurückzufallen. Daneben spielt die Erhaltung und Förderung des geistigen Potenzials von Senioren ebenfalls eine große Rolle, auch hier können die VHS ihren Bildungsauftrag wahrnehmen. Lebenslanges Lernen muss in unserer Gesellschaft gefördert werden, da es ihr als Ganzes zugute kommt. Die Saar-SPD will die VHS in ihren Maßnahmen vor allem durch ausreichende finanzielle Versorgung unterstützen und die Zusammenarbeit der VHS mit Unternehmen, Vereinen, Verbänden usw. fördern.

Bü90/Grüne:

Die Volkshochschulen sollen nach unserer Auffassung ein breitgefächertes und flächendeckendes Angebot zur umfassenden Bildung der Bürgerinnen und Bürgern anbieten. Im Vordergrund sollten Veranstaltungen stehen, die Menschen in allen Lebensbereichen im eigenverantwortlichen Handeln unterstützen. Dazu gehört die

gesellschaftliche Teilhabe genauso wie die persönliche Entwicklung und die berufliche Qualifizierung.

Denkbar sind ergänzende Kooperationen - vor allem mit anderen Bildungsträgern, wie etwa den Schulen. Die Schulen könnten z.B. den außerschulischen Bildungspartner VHS in ihre fachlichen Lernkonzepte integrieren und dessen Potenziale für die Unterrichtsentwicklung und für Aspekte individueller Förderung nutzen. Volkshochschulen, denen es gelingt, ihr vielfältiges Bildungsangebot Schülerinnen und Schülern unabhängig von ihrem familiären Umfeld zu eröffnen, leisten einen wichtigen Beitrag zur Herstellung von Chancengerechtigkeit. Schulen, die ihre Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, die Grundlagen für lebenslanges Lernen zu erwerben und ihre Kompetenzen in überregional oder international anerkannten Zertifikaten nachzuweisen, bereiten sie besser auf Ausbildung, Studium und Beruf vor. Kommunen, die ihre Ressourcen im Bildungsbereich für zukunftsfähige Angebote für alle Schülerinnen und Schüler bündeln, gestalten die Qualität ihrer Schulen mit und erhöhen die Zukunftschancen ihrer Absolventen. Für alle Beteiligten ergeben sich damit attraktive Möglichkeiten.

Ebenso sind Kooperationen mit Fachhochschulen, mit Verlagen, mit Büchereien, mit öffentlichen und privaten Trägern denkbar.

FDP:

a) Grundsätzlich sollte das Programm der VHS alle Bevölkerungsgruppen und Bevölkerungsschichten im Saarland ansprechen.

Aus unserer Sicht können die Volkshochschulen besonders im Bereich der Erwachsenenbildung einen entscheidenden Beitrag leisten. Bezogen auf den demographischen Wandel sind es insbesondere ältere Menschen, die von den Angeboten der VHS profitieren können. Auch Ausländer/Migranten können von den Angeboten der VHS, besonders im Bereich der Sprachkurse, profitieren und so besser in die Gesellschaft eingegliedert werden.

b) Programmgestaltung und Definition besonderer Zielgruppen sind grundsätzlich Angelegenheit der einzelnen Volkshochschulen. Die Unterstützung hierfür erfolgt insoweit mit der generellen Förderung.

Die Linke:

Zu a) Die demographische Entwicklung, Globalisierung und fortschreitende Technisierung stellen auch Bildungseinrichtungen wie die Volkshochschulen vor neue Herausforderungen. Dem Ausbau der beruflichen Weiterbildung durch Betriebe, Kommunen, Landeseinrichtungen und zahlreiche freie Träger kommt daher in den nächsten Jahren ein wachsender Stellenwert zu. Diese kann nicht nur in der Herstellung von Beschäftigungsfähigkeit bestehen, sondern umfasst

– die Weiterbildung im Beruf sowie im Interesse der betroffenen Menschen, um den Anforderungen der wissensbasierten Dienstleistungen besser entsprechen zu können;

– die berufsbezogene Weiterbildung zur Erhöhung von Professionalität, zur Absicherung des beruflichen Aufstiegs sowie ggf. zur Begleitung eines beruflichen Abstiegs;

– die Erschließung neuer beruflicher Perspektiven, um ein belastendes Arbeits-

verhältnis zu wechseln oder sich vom Status Erwerbslosigkeit zu befreien.

Diesen veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen werden die Volkshochschulen Rechnung tragen müssen.

Ebenso werden Projekte zum Thema Altersvorsorge zur Vermittlung von Methoden- und Handlungskompetenz im Alter an Bedeutung gewinnen. Neue Zielgruppen stellen z. B. auch Frauen über 60 dar, die kulturell aktiv sind und entsprechende zielgruppenspezifische Angebote der VHS erwarten.

Menschen mit Migrationshintergrund sind auch im Saarland vielfach auf Sprachkompetenz und interkulturellen Dialog innerhalb der Weiterbildung angewiesen.

Außerschulische politische Jugendbildung muss vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt und sozialer Isolation von Jugendlichen stärker in das Ganztagsangebot von Schulen einfließen.

DIE LINKE wird sich dafür einsetzen, im gesamten Saarland ein Programm zur Kompetenzsteigerung von Familien einzuführen. Nach dem Beispiel Finnlands sollen Familien auf freiwilliger Grundlage bereits vor der Geburt und schwerpunktmäßig in den ersten drei Lebensjahren des Kindes hinsichtlich der Fürsorge und Erziehung ihres Nachwuchses bei regelmäßigen Hausbesuchen beraten und unterstützt werden. Auch hier ist die Zusammenarbeit mit den Volkshochschulen zur Förderung der Erziehungskompetenz geboten.

Ziel muss darüber hinaus sein, bisher wenig erreichte Zielgruppen direkt anzusprechen und auch für das allgemeine Angebot der VHS zu interessieren.

Zu b) Es gilt, die Attraktivität der Volkshochschulen als Bildungseinrichtungen kontinuierlich im Rahmen geförderter Marketingstrategien zu steigern. Kooperationen mit leistungsfähigen Bildungs-Partnern stärken und verbessern das eigene Profil (s. a. 4., 2b etc.). Zielgruppenspezifische Projekte und Profile brauchen finanzielle Planungssicherheit.

-6-

Gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise kommt der Weiterbildung der Bürgerinnen und Bürger im Saarland eine hohe Bedeutung zu.

a) Welchen Stellenwert geben Sie neben der beruflichen Qualifizierung in diesem Zusammenhang der allgemeinen und politischen Bildung?

b) Welche Maßnahmen und Anreize werden Sie setzen, um die Weiterbildungsbeteiligung signifikant zu steigern?

CDU:

Unabhängig von den derzeitigen weltweit zu beobachtenden Problemen der nationalen Volkswirtschaften in Folge einer globalen Finanzkrise sind die Gegenwart und Zukunft durch Globalisierung und tiefgreifenden technologischen Wandel gekennzeichnet. Die Bedeutung dieser Sachlage wird vor dem Hintergrund der parallel verlaufenden demografischen Herausforderung noch weiter zunehmen. Durch die Teilnahme an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung müssen Geringqualifizierte zum Eintritt in den Arbeitsmarkt und Beschäftigte zum Erhalt des Arbeitsplatzes befähigt werden. Dabei ist eine hohe Flexibilität der Arbeitenden gefordert, um ihre Wiedereinstiegschancen nach einem Wechsel von Tätigkeit, Arbeitsplatz oder

Beruf (z. B. nach einer Familienphase, einer Kündigung) zu sichern. Eine Weiterbildung kann dabei für die eine Person das berufliche Fortkommen unterstützen und für die andere eine private Beschäftigung darstellen. Aus diesen Rahmenbedingungen ergeben sich die Forderungen nach einem lebenslangen Lernen.

Die CDU unterstützt, wie auch Tarifvertragsparteien und weitere gesellschaftliche Gruppen auf Landes- Bundes- und Europäischer Ebene, die Entwicklung der Weiterbildung zur 4. Säule des Bildungswesens.

SPD:

Neben der beruflichen Qualifizierung ist die allgemeine und politische Bildung deshalb von großer Bedeutung, da sie besonders bei jungen Menschen die Fähigkeit fördert, über Entscheidungen zu reflektieren und sie anschließend mit Bedacht zu treffen. Dadurch werden sie zu selbstständigen und unabhängigen Menschen erzogen.

Nicht nur junge Menschen sollen aber allgemeine und politische Bildung erfahren, auch für andere Generationen muss sie verfügbar sein, da lebenslanges Lernen eine bedeutende Rolle in unserem sozialen Gefüge spielt und die Erweiterung des geistigen Horizonts ihrer Mitglieder im Interesse jeder Gesellschaft liegt. Die Sozialdemokraten im Saarland sehen den Anspruch auf Bildungsurlaub für Arbeitnehmer und den Anspruch auf Weiterbildung, z.B. aber nicht ausschließlich in Zeiten der Kurzarbeit, als Maßnahmen, die unmittelbar die Weiterbildungsrate steigern und allen Seiten, Gesellschaft, Unternehmen und Individuum, zugute kommen. Eine SPD-Landes-

regierung wird innovative Maßnahmen, Konzepte und Lernformen, die geeignet sind die Weiterbildungsbeteiligung zu erhöhen, fördern, damit bis zum Jahre 2015 die Weiterbildungsbeteiligung auf mindestens 60 Prozent steigt.

Bü90/Grüne:

a) Lernen ist eine lebenslange Aufgabe und bietet damit Zugangs- und Chancengerechtigkeit. Der Bildungsprozess endet nicht mit Aushändigung eines Abschlusszeugnisses. Es ist unverzichtbar, dass die schulische und berufliche Erstausbildung im Erwachsenenalter fortgesetzt wird. Dabei sind die Grenzen zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung fließend. Alle Menschen müssen Zugang zu Weiterbildungseinrichtungen erhalten. Weiterbildung wird für die Arbeits- und Lebensbedingungen vieler Menschen gerade in Zeiten der Wirtschaftskrise immer wichtiger. Sie entscheidet über die Sicherheit des Arbeitsplatzes, über Einkommenserhalt und -verbesserung sowie über berufliche und persönliche Entwicklungsmöglichkeiten. Die bestehenden Strukturen des Bildungs- und Weiterbildungssystems verstärken die soziale Auslese. Je besser die schulische Vorbildung, umso ausgeprägter ist die Weiterbildungsbeteiligung. Offensichtlich setzt sich die generelle Selektion im Bildungssystem auch in der Weiterbildung fort. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland beim Anteil der 25- bis 64-Jährigen, die Weiterbildungsmaßnahmen besuchen, nur eine hintere Position ein. Wir Grüne setzen uns für den Ausbau der Weiterbildung ein. Dazu müssen die Möglichkeiten der Teilnahme und ein Ausbau der Angebote verbessert werden. Wir wollen, dass alle

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer für anerkannte Weiterbildungsmaßnahmen für die Dauer einer Arbeitswoche jährlich vom Arbeitgeber freigestellt werden können. Wir wollen auch die Weiterbildungsangebote für Menschen in Erziehungszeiten, Arbeitslose und für Sozialhilfeempfänger verbreitern. Gerade die Menschen, die durch Arbeitslosigkeit oder fehlende Ausbildungsplätze zeitweise von betrieblicher Weiterbildung ausgeschlossen sind, benötigen qualifizierte Weiterbildungsangebote für eine erfolgreiche Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

Wir Grüne wollen eine vielfältige Weiterbildungslandschaft mit unterschiedlichen Anbietern. Dazu gehören die Volkshochschulen, die berufsbildenden Schulen, die Hochschulen, freie Träger und auch die Bibliotheken.

b) Der Staat hat die Aufgabe, für Qualitätssicherung und Transparenz auf dem Markt der Weiterbildung zu sorgen, Standards festzulegen und diese kontinuierlich zu überprüfen. So werden Anreize geschaffen, das Weiterbildungsangebot zahlreich zu nutzen. Wir unterstützen deshalb Initiativen, die Entwicklung eines leistungsfähigen Weiterbildungssystems durch ein Bundesgesetz zu regeln. Zukunftsweisend ist ein Gesamtkonzept, das ein Recht auf Weiterbildung sichert, Lernzeitansprüche sowie ausreichende Finanzierung, Beratung und Qualität vorsieht und dadurch mehr Verbindlichkeit, Planungssicherheit und Verlässlichkeit für alle Beteiligten bietet.

FDP:

a) Die FDP Saar setzt sich seit Jahren für eine bessere Bildungspolitik ein. Daher haben die Allgemeinbildung und die

politische Bildung für uns einen hohen Stellenwert. Allgemeinbildung und auch politische Bildung sind entscheidend für das Vorantreiben unserer Wirtschaft und auch für das Demokratieverständnis der Bürger.

b) Die Weiterbildungsbeteiligung in der Bevölkerung ist aus unserer Sicht abhängig von der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Einstellung. Um sie zu steigern, muss das Angebot der Volkshochschulen darauf abgestimmt werden.

Die Linke:

Zu a) Neben der beruflichen sind allgemeine, politische und kulturelle Weiterbildung ein Schlüssel für individuelle Lebenschancen, für berufliche Entfaltung, für kulturelle Teilhabe und gesellschaftliche Innovation. Weiterbildung sichert Qualifikation und schützt damit vor dem Verlust des Arbeitsplatzes. Der Ausbau der Weiterbildung ist zentrale Voraussetzung, um Lebenschancen realisieren und verbessern zu können und notwendiges Element in einer Strategie gegen einen schon heute in Teilbereichen absehbaren Fachkräftemangel. Gerade vor dem Hintergrund der Finanzkrise sind daher Instrumente von besonderer Bedeutung, die Unternehmen fördern, die Beschäftigte weiterqualifizieren statt sie zu entlassen.

Zu b) Ein umfassendes Konzept der Förderung der Erwachsenenbildung muss alle Branchen abdecken und auch Qualifizierungsmaßnahmen unterhalb der Aufstiegsfortbildung, das Erwerben von Zusatzqualifikationen sowie akademische Bildungswege umfassen. Darüber hinaus sollen alle Bürgerinnen und Bürger jederzeit Anspruch auf eine bedarfsdeckende

Förderung haben, wenn sie außerhalb betrieblicher Ausbildungen den Abschluss einer beruflichen Erstausbildung anstreben. Die Förderung sollte als Vollzuschuss gezahlt werden. Die Ausgestaltung der Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gewährleistet, dass Aufstiegsfortbildungen in allen Branchen für die Beschäftigten zugänglich sind. Die Förderung von Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen muss so gestaltet sein, dass die Fort- und Weiterbildungsbeteiligung insgesamt deutlich gesteigert werden kann

und insbesondere geringer Qualifizierte und ältere Beschäftigte in deutlich stärkerem Maße teilhaben.

Die Förderung von Qualifizierungsmaßnahmen freier Bildungsträger muss so ausgestaltet werden, dass die Qualität der Bildungsmaßnahmen im Vordergrund steht und der Entstehung eines Niedriglohnssektors in der Weiterbildung entgegenwirkt.

Beiträge zur Saarländischen Volkshochschularbeit, Heft 4, Saarbrücken 2009

Herausgeber:

Verband der Volkshochschulen des Saarlandes e.V.

Dr. Martin Dust

Bahnhofstraße 47-49

66111 Saarbrücken

Tel.: 0681 - 3 66 60

Fax: 0681 - 3 66 10

Internet: www.vhs-saar.de

